

N i e d e r s c h r i f t

über die 24. Sitzung des Kreistages
am Montag, den 04.12.2023 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr
Sitzungsende: 18:00 Uhr
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Konferenzsaal 237,
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz,

Anwesenheit:

Anwesend:

Fraktion der CDU
Bias, Marko
Franke, Thomas
Gersdorf, Katrin
Hanna, Allam, Dr. med.
Herrgott, Christian
Neumüller, Alex
Orosz, Peter
Sachse, Carsten
Smailes, Sandra
Völlm, Arnfried, Dr. (bis 15:40 Uhr)
Weidermann, Thomas, Dr. med.
Weiße, Ralf (bis 15:40 Uhr)
Zapf, Marcel (bis 15:40 Uhr)

Fraktion der AfD
Bergner, Anja
Bergner, Heiko
Bohnhardt, Marc
Fischer, Jörg
Linke, Johannes
Lucas, Hartmut
Thrum, Uwe
Winkler, Stephan

Fraktion der UBV
Fiedler, Marcus
Grau, André
Kleindienst, Wolfgang
Meyer, Christian
Militzer, Bernd
Querengässer, Gerd
Weigelt, Thomas (bis 15:40 Uhr)

Fraktion Die LINKE

Kalich, Ralf
Lukas, Almut
Möller, Klaus
Rebelein, Dieter, Dr.
Weithase, Helga
Wetzel, Roland

Fraktion der SPD

Feike, Anette (ab 14:30 Uhr)
Kanis, Regine (ab 14:40 Uhr)
Kleebusch, Enrico, Dr.

Fraktion der FDP

Ortwig, Volker
Scherf-Michel, Sandra

Bündnis 90/Die Grünen

Richter, Steve (ab 15:15 Uhr)

Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Fabiunke, Fred
Gollmann, Petra
Hebenstreit, Alexander
Heynisch, Jens, Dr.
Jahn, André
Lautenschläger, Yvonne
Luckhardt, Claudia
Rauner, Marcel
Richter, Michael
Rubner, Stefan
Schröder, Amrei, Dr.
Seiß, Sabrina
Spitzweg, Anja, Dr.
Unger, Philipp
Weiß, Sandra

Entschuldigt:

Fraktion der CDU

Chudasch, Jonas
Modde, Michael (dienstl. Gründe)

Fraktion der AfD

Rham, Matthias (krank)

Fraktion der SPD

Roßner, Marc (dienstl. Gründe)

Fraktion der FDP

Seidel, Marco (krank)

Bündnis 90/Die Grünen

Geiler, Janina (krank)

Schriftführerin:

Kerstin Täumel

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 23. Sitzung des Kreistages am 25.09.2023 (öffentlicher Teil)
2. Dritte Sitzung zur Änderung der Hauptsatzung des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/136/2023
3. Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/132/2023
4. Überplanmäßige Ausgabe im SGB II-Bereich
Vorlage: KT/134/2023
5. Einbringung und erste Lesung des Haushaltsplanes des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2024
6. Anträge
- 6.1. Antrag der AfD-Fraktion und Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE zum Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Stipendien für Medizin- und Zahnmedizinstudenten
Vorlage: ÄAN/017/2023
- 6.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung im Saale-Orla-Kreis
Vorlage: AN/117/2023
- 6.3. Antrag der AfD-Fraktion "Sachleistungsprinzip nach Asylbewerberleistungsgesetz umsetzen - Geldersatzleistungen für Asylbewerber in Form von Bezahlkarten einführen"
Vorlage: AN/116/2023
7. Informationen/Sonstiges
8. Anfragen
9. Persönliche Erklärung des Landrates

Der Landrat eröffnet die 24. Sitzung des Kreistages und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages des Saale-Orla-Kreises fest.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form einstimmig festgestellt.

Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 23. Sitzung des Kreistages am 25.09.2023 (öffentlicher Teil)

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
2 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises genehmigt die Niederschrift über die 23. Sitzung des Kreistages am 25.09.2023 (öffentlicher Teil).“

284-24/2023

**Zu TOP 2 Dritte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/136/2023**

Um 14:05 Uhr trifft Herr Bohnhardt zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Die Juristin, Frau Dr. Schröder, erläutert den Sachverhalt der Beschlussvorlage, insbesondere stellt sie dar, welche Änderungen seit der letzten Kreistagssitzung inhaltlich vorgenommen wurden. Vor Sitzungsbeginn wurde an die Kreistagsmitglieder eine weitere Änderung zu § 5 Abs. 3 der Hauptsatzung hinsichtlich der Wertgrenze der Entscheidungsbefugnis des Landrates bei Grundstücksverkauf oder –tausch verteilt. Während der Beratung im Kreisausschuss wurde der Vorschlag unterbreitet, diese auf 5000,00 € festzusetzen, anstatt 50.000,00 €.

Zur Diskussion sprechen Herr Thrum, Herr Kleindienst, Landrat Fügmann, Herr Kalich und Herr Ortwig.

Herr Thrum betont, dass sich seiner Meinung nach am Inhalt der Vorlage nicht viel verändert habe und seine Fraktion nach wie vor die Formulierungen bzgl. Sitzungen in Notlagen ablehnt, da darin die Schaffung einer Grundlage für zukünftige Ausgangssperren gesehen wird. Sollte es tatsächlich zu ernsthaften Notlagen aufgrund von Naturkatastrophen kommen, könnten wegen Stromausfällen u.a. ohnehin keine Videokonferenzen stattfinden.

Herr Kleindienst führt aus, dass ihm nach wie vor die Definition einer „Notlage“ fehle und er bezweifelt, dass jedes Kreistagsmitglied über die notwendigen technischen Voraussetzungen verfügt. Ein weiteres Problem wird in der Herstellung der Nichtöffentlichkeit im privaten Wohnumfeld gesehen.

Der Landrat weist darauf hin, dass in der modernen Verwaltung Videokonferenzen inzwischen gängige Praxis sind. Außerdem gehe es darum, den Änderungen der Thüringer Kommunalordnung Rechnung zu tragen und im Fall ernsthafter Notsituationen handlungsfähig zu bleiben.

Herr Kalich unterstützt die Ausführungen des Landrates und betont, dass man damit gewappnet ist, um in Zukunft auf schwierige Bedingungen reagieren zu können.

Herr Ortwig stellt den **Änderungsantrag**, die Wertgrenze hinsichtlich Grundstücksverkauf oder –tausch in § 5 Abs. 3 auf 1000,00 € festzusetzen.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Dr. Völm auf „**Schluss der Beratung**“ wird mit **25 Ja-Stimmen bei 7 Gegenstimmen entsprochen.**

Der **Änderungsantrag** von Herrn Ortwig zu § 5 Abs. 3 (Wertgrenze 1000,00 €) wird mit

**4 Ja-Stimmen und
28 Gegenstimmen**

abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage KT/136/2023.

Mit einem Abstimmungsergebnis von

**22 Ja-Stimmen zu
12 Gegenstimmen und
4 Stimmenthaltungen**

Ist die für die Änderung der Hauptsatzung gemäß § 99 ThürKO geforderte qualifizierte Mehrheit (=24 Ja-Stimmen) erneut nicht erreicht und es ist somit kein Beschluss zustande gekommen.

**Zu TOP 3 Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/132/2023**

Nach kurzen Ausführungen von Frau Dr. Schröder zu den Änderungen in der Geschäftsordnung stellt Herr Kleindienst den **Geschäftsordnungsantrag auf „Vertagung“ dieser Beschlussvorlage**, da keine beschlossene Hauptsatzung vorliegt, die Grundlage für die Änderungen in der Geschäftsordnung ist.

Diesem o.g. Geschäftsordnungsantrag wird mit
**26 Ja-Stimmen bei
9 Gegenstimmen**
entsprochen.

**Zu TOP 4 Überplanmäßige Ausgabe im SGB II-Bereich
Vorlage: KT/134/2023**

Die Fachdienstleiterin Schwerbehindertenrecht/Sozialhilfe/Wohngeld, Frau Seiß, erläutert den Sachverhalt der Beschlussvorlage. Sie führt aus, dass sich die überplanmäßige Ausgabe aufgrund von Mehrausgaben im Bereich Grundsicherung und hier insbesondere für das „Wohnen“ ergibt. Es ist ein Anstieg der Fallzahlen insgesamt und insbesondere durch Ukraineflüchtlinge zu verzeichnen. Es erhalten ca. 2000 Bedarfsgemeinschaften mit 2500 Personen Beihilfen, davon sind 15 % mit Ukrainebezug. Die prognostizierte Steigerung wurde in der HH-Planung bereits berücksichtigt, die Ansätze sind jedoch nicht auskömmlich. Die Deckung erfolgt über eine anteilige Nutzung des Erstattungsbetrages aus dem ThürRkwErstG.

Zur Diskussion sprechen Herr Bias, Landrat Fügmann, Herr Kleindienst, Herr Dr. Rebelein und Herr Thrum.

Nachfragen zur finanziellen Untersetzung und der Erstattung durch das Land Thüringen werden durch Herrn Unger beantwortet.

Frau Feike trifft um 14:30 Uhr zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Der Kreistag fasst mit
**23 Ja-Stimmen,
13 Gegenstimmen und
3 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

- „Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt überplanmäßige Ausgaben
1. in Höhe von 150.000,00 € auf der Haushaltsstelle 1.48200.69100 – SGB II Unterkunft und Heizung,
 2. in Höhe von 20.000,00 € auf der Haushaltsstelle 1.48200.69302 – SGB II Wohnungsbeschaffung, Mietkaution, Umzugskosten,

3. in Höhe von 10.000,00 € auf der Haushaltsstelle 1.48200.69303 – SGB II Darlehen, Mietschulden,
4. in Höhe von 150.000,00 € auf der Haushaltsstelle 1.48200.69304 – SGB II Erstausrüstung Wohnung und
5. in Höhe von 10.000,00 € auf der Haushaltsstelle 1.48200.69308 – SGB II Leistungsbeteiligung für Genossenschaftsanteile.“

285-24/2023

Zu TOP 5 Einbringung und erste Lesung des Haushaltsplanes des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2024

Der Entwurf des Haushaltsplanes ist im Ratsinformationssystem hinterlegt sowie auf der Thür. Datenaustauschplattform abrufbar.

Vor Sitzungsbeginn wurde die Präsentation von Herrn Unger an alle Kreistagsmitglieder verteilt. Die Fraktionsvorsitzenden haben je ein Exemplar des Vorberichtes erhalten.

Außerdem wurden zur Kenntnisnahme an alle Kreistagsmitglieder 3 Änderungsanträge zum HH-Plan-Entwurf 2024 verteilt (2 von Fraktion Die LINKE und 1 UBV-Fraktion).

Einführende Darlegungen des Landrates beziehen sich auf die schwierige Ausgangssituation bei der Aufstellung des Haushaltsplanes auf Grund des noch nicht beschlossenen Landeshaushalts sowie der möglicherweise auf Grund der Schieflage des Bundeshaushalts zu erwartenden Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Zwei Positionen belasten den Kreishaushalt besonders, das sind zum einen die Personalkosten mit einer 12%igen Steigerung sowie die Ausgaben für Jugend und Soziales.

Die zu erwartenden Mehrausgaben gehen somit zu Lasten der Kreisumlage, die im vorliegenden Entwurf einen Hebesatzsatz von 50,5 % ausweist, um einen ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf vorlegen zu können. Somit sieht der Landrat schwierige Haushaltsberatungen, um zu weiteren drastischen Einsparungen zur Senkung der Kreisumlage zu gelangen. Der Landrat gibt den Inhalt der vorliegenden Änderungsanträge bekannt.

Um 14:40 Uhr trifft Frau Kanis und um 15:15 Uhr Herr Richter zur weiteren Teilnahme an der Sitzung ein.

Durch den Kämmerer, Herrn Unger, werden die Eckdaten des Haushaltes 2024 an Hand einer Präsentation erläutert. Er geht insbesondere auf die Einnahmen und Ausgaben im Vermögens- und Verwaltungshaushalt, die dauernde Leistungsfähigkeit des Landkreises, die wichtigsten Maßnahmen des Vermögenshaushaltes sowie die Entwicklung der Verschuldung ein.

Er weist in seinen Ausführungen u.a. darauf hin, dass die Ergebnisse der Anhörungen zur Beteiligung der Kommunen zur Kreisumlage vorliegen und hier während der Pause oder auch im Amt nach vorheriger Anmeldung eingesehen werden können.

Zur Diskussion sprechen die Kreistagsmitglieder Herr Dr. Hanna, Herr Kleindienst, Herr Herrgott, Herr Dr. Rebelein, Herr Linke und Herr Weigelt.

Fraktionsübergreifend wird zum Ausdruck gebracht, dass eine Zustimmung zum Haushalt mit dem Hebesatz der Kreisumlage von über 50 % nicht erfolgen kann.

Herr Unger beantwortet die Nachfragen der Kreistagsmitglieder u.a. zu den Umlagegrundlagen für die Gemeinden, Reichensteuer und Gründen für hohe Sozialausgaben.

Abschließend wird durch den Landrat nochmals betont, dass es in der HH-Diskussion gelingen muss, die Kreisumlage deutlich unter 50 % zu senken. Das geht seiner Meinung nach nur mit sehr harten Einschnitten und es sollte als Aufgabe aller Kreistagsmitglieder gesehen werden, insbesondere in den sich anschließenden Beratungen der Ausschüsse, weitere Kürzungsmöglichkeiten zu finden.

Pause: 15:40 Uhr bis 16:15 Uhr

Herr Dr. Völm, Herr Zapf, Herr Weiße und Herr Weigelt entschuldigen sich um 15:40 Uhr für die restliche Sitzungsdauer.

Zu TOP 6 Anträge

**Zu TOP 6.1 Antrag der AfD-Fraktion und Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE zum Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Stipendien für Medizin- und Zahnmedizinstudenten
Vorlage: ÄAN/017/2023**

Zu den Anträgen, die als Änderungsanträge in der Haushaltsdiskussion zum Haushalt 2023 eingebracht und an den Sozialausschuss verwiesen wurden, fand im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Familie eine tiefgründige Beratung, unter Einbeziehung externer Expertisen der Ärzteschaft und der KVT, statt.

Durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Neumüller, wird das Ergebnis der Beratung im Ausschuss vorgetragen.

Er führt aus, dass folgende Ergebnisse/Feststellungen herausgearbeitet wurden:

1. Die Unterdeckung im KV-Bereich ist vorhanden, sie wird sich perspektivisch weiter verschlechtern.
2. Aus Sicht der Ärzteschaft und der KVT ist es nicht zielführend, durch ein Stipendium Medizinstudenten am Anfang ihres Studiums anzuwerben. Als sinnvollere Alternative wird gesehen, die Studienabgänger oder bereits ausgebildete Ärzte nach ihrem Facharztabschluss direkt anzuwerben mit einem entsprechenden finanziellen Anreiz.
3. Die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsanwerbung und die Außendarstellung des Landkreises müssen verbessert werden, u.a. auch für Studenten aus dem Ausland. Geprüft werden sollen Möglichkeiten der Verbesserung der med. Versorgung im ländlichen Raum, u.a. durch Mobilitätsangebote.

Außerdem wurde durch Herrn Linke beantragt, die in den Haushalt 2023 eingestellten und nicht verbrauchten Mittel in Höhe von 24 T€ in den HH-Plan 2024 für den Zweck der Zahlung von Stipendien für Medizin- und Zahnmedizinstudenten zu übertragen.

An der umfangreichen Diskussion beteiligen sich die Kreistagsmitglieder Herr Thrum, Herr Neumüller, Herr Herrgott, Herr Kalich, Herr Kleindienst, Herr Dr. Weidermann, Herr Miltzer, Frau Feike, Landrat Fügmann, Herr Meyer, Herr Richter, Frau Scherf-Michel und Herr Dr. Hanna.

Herr Thrum betont, dass er auf Grund der sich immer mehr zuspitzenden Situation des Ärztemangels auch weiterhin für den Antrag der AfD-Fraktion wirbt und sieht den Antrag der Fraktion Die LINKE als ungeeignet zur Lösung des Problems.

Herr Thrum **beantragt „Namentliche Abstimmung“** im Namen der AfD-Fraktion zum Antrag.

Herr Kalich zieht auf Grund des vorgetragenen Ergebnisses der Beratung im Sozialausschuss den Antrag der Fraktion Die LINKE zurück.

Herr Dr. Weidermann legt auf Grund seiner Erfahrungen dar, dass es blauäugig sei zu glauben, dass die Medizinstudenten nach der 10 bis 12jährigen Zeit des Studiums und Facharzt Ausbildung, die mit dem Stipendium einhergehende Zusage zur Arbeitsaufnahme im Saale-Orla-Kreis wirklich einlösen. Auch er ist der Meinung, dass der Weg nur sein kann, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und Unterstützung bei einer Praxiseinrichtung u.a. zu geben. Eine wichtige Rolle für eine Ansiedlung von ausgebildeten Ärzten spielt auch die Infrastruktur des Landkreises.

Diese Auffassung wird auch durch die Ausführungen von Herrn Dr. Hanna unterstützt.

Auf Nachfrage von Herrn Thrum, ob die Erfahrungen der Landkreise eingeholt wurden, die eine Unterstützung der Studenten bereits praktizieren, antwortet die Fachbereichsleiterin, Frau Lautenschläger, dass noch keine Erfahrungen übermittelt werden konnten, da diese frühestens in 10 bis 12 Jahren vorliegen können.

Fraktionsübergreifend wird in den Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck gebracht, dass die Notwendigkeit zum Handeln aufgrund der Akutsituation gesehen wird. Gleichzeitig wird aber die Feststellung des Sozialausschusses aufgrund der Fachexpertisen mehrheitlich unterstützt, dass es darum gehen muss, gute Rahmenbedingungen im Landkreis zu schaffen, um ausgebildete Ärzte direkt hier anzuwerben und bei der Ansiedlung zu unterstützen.

Gemäß Antrag der AfD-Fraktion folgt die „namentliche Abstimmung“ zu dem Antrag der AfD-Fraktion ÄAN/017/2023 mit folgendem Ergebnis:

Mit „Ja“ stimmen die Kreistagsmitglieder

Anja Bergner, Heiko Bergner, Marc Bohnhardt, Marcus Fiedler, Jörg Fischer, André Grau, Wolfgang Kleindienst, Johannes Linke, Hartmut Lucas, Christian Meyer, Bernd Militzer, Uwe Thrum, Stephan Winkler.

Mit „Nein“ stimmen die Kreistagsmitglieder

Thomas Fügmann, Marko Bias, Anette Feike, Thomas Franke, Katrin Gersdorf, Dr. Allam Hanna, Christian Herrgott, Ralf Kalich, Regine Kanis, Dr. Enrico Kleebusch, Almut Lukas, Klaus Möller, Alex Neumüller, Peter Orosz, Volker Ortwig, Gerd Querengässer, Dr. Dieter Rebelein, Steve Richter, Carsten Sachse, Sandra Scherf-Michel, Sandra Smailes, Dr. Thomas Weidermann, Helga Weithase, Roland Wetzler.

Der Kreistag fasst damit mit

**13 Ja-Stimmen bei
24 Gegenstimmen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises lehnt in namentlicher Abstimmung den Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Gewährung von Stipendien für Medizin- und Zahnmedizinstudenten (ÄAN/017/2023 vom 31.01.2023) ab.“

286-24/2023

Zu TOP 6.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung im Saale-Orla-Kreis Vorlage: AN/117/2023

Herr Neumüller begründet den Antrag der CDU-Fraktion und nimmt Bezug auf die vorangegangene Diskussion bzgl. des Ergebnisses der Beratung im Sozialausschuss zum Antrag der AfD-Fraktion. Mit dem Antrag der CDU-Fraktion sollen Lösungen für die Akutsituation hinsichtlich niedergelassener Ärzte gefunden werden. Außerdem trägt der Antrag den Hinweisen der Ärzteschaft und der KVT Rechnung.

Herr Neumüller stellt den **Antrag auf Verweis des Antrages der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Familie** zur tiefgründigen Beratung.

Zur Diskussion sprechen Herr Kalich, Herr Kleindienst, Herr Thrum und Herr Herrgott.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** von Frau Kanis auf „**Schluss der Beratung**“ wird mehrheitlich entsprochen.

Der Kreistag fasst

mehrheitlich

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises verweist den Antrag der CDU-Fraktion bzgl. Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung im Saale-Orla-Kreis (AN/117/2023) zur Beratung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Familie.“

287-24/2023

Zu TOP 6.3 Antrag der AfD-Fraktion "Sachleistungsprinzip nach Asylbewerberleistungsgesetz umsetzen - Geldersatzleistungen für Asylbewerber in Form von Bezahlkarten einführen" Vorlage: AN/116/2023

Herr Thrum begründet ausführlich den Antrag der AfD-Fraktion. In der Einführung einer guthabenbasierten Bezahlkarte wird die konsequente Umsetzung des Wortlautes des Asylbewerberleistungsgesetzes gesehen. Außerdem kann durch Einschränkungen nicht dem notwendigen Bedarf dienender Zahlungsverkehr, wie Auslandsüberweisungen, Glücksspiel u.ä. unterbunden werden. Entsprechende Umstellungen seien derzeit in verschiedenen Bundesländern im Gespräch.

Zur Diskussion sprechen Landrat Fügmann, Herr Kleindienst, Herr Richter, Herr Dr. Hanna und Herr Thrum.

Der Landrat informiert, dass angestrebt ist, das Modellprojekt des Nachbarlandkreises Greiz bzgl. der Einführung von Bezahlkarten mit Wirkung vom 01.01.2024 anzuwenden. Ziel ist es, dass zukünftig das Geld ausschließlich zur Bestreitung des Lebensunterhalts der Leistungsempfänger verwendet wird.

Weitere Ausführungen des Landrates beziehen sich auf die funktionelle Anwendung einer solchen Bezahlkarte. Dazu erhält jede Fraktion eine Übersicht zur Anwendung und den Möglichkeiten der Karte.

Zunächst sollten die ersten praktischen Erfahrungen des Landkreises Greiz abgewartet werden. Danach wird die Einführung auch im Saale-Orla-Kreis umgesetzt.

Auf Grund der Ausführungen des Landrates plädieren Herr Kleindienst und Herr Dr. Hanna in ihren Ausführungen u.a. dafür, dass die AfD-Fraktion zunächst den Antrag zurückzieht, bis Erkenntnisse vorliegen, ob sich das System im Landkreis Greiz bewährt und auch im SOK Anwendung findet.

Einem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Querengässer auf „Schluss der Beratung“ wird entsprochen. Die bestehende Rednerliste mit Herrn Dr. Hanna und Herrn Thrum wird abgearbeitet.

Der Kreistag fasst mit

**8 Ja-Stimmen,
19 Gegenstimmen und
7 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises lehnt den Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Sachleistungsprinzip nach Asylbewerberleistungsgesetz umsetzen – Geldersatzleistungen für Asylbewerber in Form von Bezahlkarten einführen – (AN/116/2023) ab.“

288-24/2023

Zu TOP 7 Informationen/Sonstiges

Durch den Landrat werden folgende Informationen gegeben:

- Mit den Kreistagsunterlagen wurde der **Sitzungskalender** für die Sitzungen von Kreisausschuss und Kreistag für das Jahr 2024 allen Kreistagsmitgliedern zugestellt.
- Vor Sitzungsbeginn wurde die **Beschlusskontrolle** mit dem Abarbeitungsstand der Kreistagsbeschlüsse allen Kreistagsmitgliedern ausgehändigt.
- An die Fraktionsvorsitzenden wurden die Konzeption zur Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz sowie das aktuelle Zahlenmaterial des Jobcenters ALG II verteilt.

Zu TOP 8 Anfragen

Im Vorfeld der Kreistagssitzung wurden schriftliche Anfragen eingereicht von Herrn Kleindienst bzgl.

- Öffnungszeiten/Terminvergabe Führerscheinstelle
- Zustand des Fußbodens in der Sporthalle in Pöbneck Rosa-Luxemburg-Straße
- Jugendherberge Plothen als Unterbringungsmöglichkeit für UMAS.

Durch Herrn Thrum wurden ebenfalls schriftliche Anfragen zur Thematik Jugendherberge Plothen als Unterbringungsmöglichkeit für Flüchtlinge eingereicht.

Herr Kalich stellte eine Anfrage bzgl. Ausbau der L 1099 bei Eliasbrunn.

Die Fragen und Antworten zu allen im Vorfeld der Kreistagssitzung gestellten Anfragen wurden vor Sitzungsbeginn an alle Kreistagsmitglieder verteilt.

Herr Thrum bezieht sich auf die Beantwortung seiner Anfrage in der letzten Kreistagssitzung zum Ausbau von Windkraftanlagen im SOK. Er hat dazu noch Nachfragen.

Ist das Genehmigungsverfahren zum Gebiet W 28 Tanna/Unterkoskau abgeschlossen? Wenn ja, wie wurde dort entschieden? Hat der Landkreis vor, entsprechende Rechtsmittel einzulegen, wenn die Obere Behörde eine Genehmigung durchsetzen will?

Der Landrat sichert Herrn Thrum eine schriftliche Beantwortung seiner Nachfragen zu.

Zu TOP 9 Persönliche Erklärung des Landrates

In einer persönlichen Erklärung zieht der Landrat, Herr Thomas Fügmann, ein Fazit seiner 12jährigen Tätigkeit als Landrat des Saale-Orla-Kreises und geht dabei auf einige wichtige Projekte und Aufgaben in seiner Amtszeit, die die Arbeit eines Landrates ausmachen, ein. Ausdrücklich bedankt er sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes und den Mitgliedern des Kreistages.

Der Landrat beendet den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Kreistages um 17:45 Uhr.

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Sitzungsteil liegt im Kreistagsbüro vor und kann dort eingesehen werden.

Fügmann
Landrat

Kerstin Täumel
Schriftführerin